

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

30.6.1925 (No. 148)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach:  
Karlsruhe  
Nr. 2615

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. M. n. s.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Zeile und Gelber frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Kassenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Beitreibung und Kontroversen fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Druckerei, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Amtlicher Teil

#### Bayertische Gesandtschaft

Die Bayerische Regierung hat ihren Gesandten in Stuttgart, den a. o. Gesandten und bevollmächtigten Minister, Herrn Dr. Emil Fischer auch zum Gesandten bei der Badischen Regierung ernannt. Der Gesandte hat sein Beglaubigungsschreiben dem Herrn Staatspräsidenten am 26. ds. Mts. überreicht.

#### Presseangriffe auf Justizbehörden

In Nr. 146 des „Volksfreund“ vom 27. ds. Mts. wird unter der Ueberschrift „Eine skandalöse Untersuchungsführung“ ausgeführt, die Art, wie die Untersuchung über die Heilbronn-Borgänge, — gemeint sind die Ausschreitungen vom 4. Januar ds. Js. aus Anlaß der Bürgermeisterwahl, wegen deren gegen mehrere Personen Anklage erhoben ist — geführt werde, fordere zum Protest heraus, über die Art der Untersuchungsführung durch den Untersuchungsrichter werde „von verschiedenen Seiten geklagt“, darüber sei aber „jetzt nicht die Zeit, zu reden“; sodann wird das Verhalten eines Gendarmeriebeamten bei einer von ihm vorgenommenen Durchsuchung einer scharfen Kritik unterzogen.

Was zunächst letzteren Punkt anlangt, so sei dazu bemerkt, daß hierwegen auch bei dem Untersuchungsrichter eine Beschwerde eingegangen ist. Der Untersuchungsrichter hat sie alsbald an das Bezirksamt hier zur zuständigen Erledigung weitergeleitet. Denn es ist nicht richtig, daß das Justizministerium für Gendarmeriebeamte zuständig ist. Ueber diese steht den Justizbehörden keinerlei Disziplinargewalt zu. Die Gendarmerie untersteht vielmehr dienstpolizeilich ganz ausschließlich den Behörden der inneren Verwaltung und legt dem Herrn Minister des Innern. Die Justizbehörden sind nicht einmal für die Auswahl der Beamten zu einem bestimmten Auftrag verantwortlich; ihre Aufträge gehen — und so geschah es auch in diesem Fall — an das Bezirkskommando der Gendarmerie und werden von diesem einem bestimmten Beamten des Bezirks zugewiesen.

Ob die Beschwerden gegen den Untersuchungsrichter begründet sind, wird erst geprüft werden können, wenn sie einmal substantiiert vorgebracht werden. Bis dahin ist dem „Volksfreund“ das Recht zu bestreiten, kurzweg von einer „skandalösen Untersuchungsführung“ zu reden, die zum Protest herausfordere.

Der polnische Korridor. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ veröffentlicht anlässlich der Graudenz-Pomerellen-Aussiedlung zur Korridorfrage eine Auslassung, die deutlich zeigt, wo die Militaristen und Friedensstörer stehen. Das Blatt schreibt wörtlich folgendes: „Der Korridor ist so, wie er jetzt ist, entschieden zu eng. Früher oder später muß man ihn verbreitern. Die Deutschen haben die Dreißigjährige Tag für Tag nach dem Fortfall des Korridors zu brüllen. Die einzige Antwort auf dieses Gebrüll ist die entschiedene Forderung nach Verbreiterung des Korridors, und zwar nach Westen und nach Osten, bis nach Gromland. Wenn wir mit dieser Idee nicht jetzt gleich hervortreten, und zugleich mit dem Bajonett auf der Karte zeigen, wo der Korridor verbreitert werden muß, so wird das Gebrüll der deutschen Presse über den pomerellischen Korridor nicht still werden.“ (Eine unerschämte Sprache!).

Chinesischer Protest gegen General Hsu. Am Samstag fand in der chinesischen Gesandtschaft in Berlin eine Versammlung statt, die von dem Ausschuß der chinesischen nationalen Freiheitsbewegung einberufen war, einer Organisation, die Berliner Chinesen, unabhängig von der politischen Einstellung des einzelnen, umfaßt. Zweck dieser Versammlung war, bei dem hiesigen Gesandten gegen die Anwesenheit des Generals Hsu in Deutschland zu protestieren. Nach längerer Aussprache unterschrieb der Gesandte ein Schriftstück, in dem er die Versicherung abgab, daß General Hsu in Deutschland weder Mission laufe, irgend welche Anleihe abschließe, noch sonstige China schädigende Abmachungen treffe. Falls General Hsu bezwungene Handlungen vornehme, so stehe der General mit seinem Leben dafür ein.

Eine Luftschiffahrtexpedition Sven Odins. Die das „Berl. Tagbl.“ aus Stockholm erfährt, erklärte Sven Odin in einem Interview, er treffe Vorbereitungen, um mit einem Zeppelin die noch unbekanntesten Gebiete Juncatians zu erforschen. Er habe zu diesem Zwecke bereits Verhandlungen mit Dr. Cdenor angeknüpft. Sven Odin ist der Meinung, daß mit dem Luftschiff zunächst leichtere Flüge in die Polargegend unternommen werden sollten. Diese würden wahrscheinlich unter Aufsicht Kaufens im Sommer 1927 stattfinden. Die Hauptbedingung für seine, Sven Odins, Mitarbeit bei einem Fluge sei, daß Dr. Cdenor selbst die Leitung des Luftschiffes übernehme.

### \* Um den Sicherheitspakt

Wenn wir die politischen Symptome der letzten Zeit richtig deuten, dann ist zweifellos bei den am Sicherheitspakt hauptsächlich interessierten Großmächten, also Frankreich, England und Deutschland, das ernste Bestreben, baldigt zum Abschluß zu gelangen, bestimmter Impuls der ganzen Politik. Was Deutschland betrifft, so hat die Reichsregierung noch vor einigen Tagen die französische Antwortnote als ein Instrument anerkannt, das weitere Verhandlungen durchaus ermöglicht, und demgemäß eine diplomatische Rückfrage mit Frankreich eingeleitet.

In England war ja von jeher die Stimmung für den Sicherheitspakt. Die Londoner Regierung hat sich offiziell noch kürzlich durch eine Rede des Außenministers Chamberlain für den Sicherheitspakt erklärt, und zwar in einer Form, die in Deutschland Genugthuung hervorrufen konnte. Allerdings ist Chamberlain an den strittigen Punkten „Ostgrenzen“ und „Durchmarschrecht“ mit einiger Vorsicht vorbeigegangen. Er ist der Ansicht, daß sich alle diese Differenzen schieblich-befriedigen lassen, wenn Deutschland erst Mitglied des Völkerbunds ist, und er ist weiter der Ansicht, daß der Völkerbund mit seinen Machtvollkommenheiten und seinen praktischen Machtmitteln vollkommen ausreichen werde, um gerechte Anforderungen Deutschlands oder Frankreichs zu erfüllen.

Wir möchten einstweilen diesen Optimismus Chamberlains nicht ganz teilen. Denn früher hat sich der Völkerbund als ein gar zu williges Werkzeug in der Hand französischer Politik erwiesen, als daß wir ihm eine gerechte Behandlungsmethode so ohne weiteres zutrauen könnten. Es ist richtig, daß, wenn Deutschland erst Mitglied des Völkerbunds ist, dieser selbst bei irgendwelchen Konflikten im Osten eingreifen würde. Aber ob das auf der Grundlage wirklicher Gerechtigkeit geschieht, oder ob dabei nicht gewisse Voreingenommenheiten für Frankreich mitwirken, das ist eine andere Frage.

Frank bietet uns allerdings England eine gewisse Garantie. Denn England wünscht offenbar ehrlich keine neuen Konflikte und keine neue Kriegsstimmung in Europa. Und ferner hat es, wie auch wieder aus der eben zitierten Rede Chamberlains hervorgeht, nach wie vor abgelehnt, seinerseits irgendwelche Garantien für die Ostgrenzen zu übernehmen. Nach britischer Auffassung soll die ganze Angelegenheit der Ostgrenzen dem Völkerbund, den Verhandlungen unter den nächstbeteiligten Mächten und — der Zeit überlassen bleiben.

Diese Haltung Englands bietet uns, wie gesagt, eine gewisse Gewähr dafür, daß leichtfertig und böswillig vom Völkerbund unser Recht wohl nicht gekränkt werden wird. Wenigstens wäre England im Bunde mit Italien Manns genug, um französische bzw. polnische Uebergriffe im Völkerbund zurückzuweisen. Aber immerhin müßte Deutschland wohl vorher ganz bestimmte diplomatische Zusicherungen erhalten, bevor es sich und sein Gesicht dem Völkerbund anvertraut.

Das wichtigste ist und bleibt natürlich die Haltung Frankreichs selbst. Und mag diese Haltung auch im Hinblick auf die Verpflichtungen Polen gegenüber nicht ganz eindeutig sein, so hat doch die französische Regierung gerade in der letzten Zeit erkennen lassen, daß auch sie den Nutzen einer Verständigung höher einzuschätzen beginnt, als das früher der Fall war. Frankreich wird den Räumungstermin für das Ruhrrevier genau einhalten, und schon jetzt werden Vorbereitungen für die Räumung getroffen. Ferner heißt es, daß gleichzeitig mit dem Ruhrrevier auch die sogenannten Sanktionsgebiete (Düsseldorf und Duisburg) geräumt werden sollen. Und einige Vengnabigungsakte der französischen Regierung sollen ganz zweifellos den günstigen Eindruck, den dieses alles hervorrufen muß, noch unterstreichen.

Es ist sonach nicht ausgeschlossen, daß der Sicherheitspakt früher zustandekommt, als man bisher angenommen hat. Ein Segen wäre es für ganz Europa, wenn endlich ein Zustand wahren Friedens hergestellt würde. Das wirtschaftliche Elend und die finanzielle Not ist in allen europäischen Ländern, die am Kriege beteiligt waren, so groß, daß nur auf dem Wege einer großzügigen Verständigung und Aufbaupolitik der unermesslichen Schäden des Krieges nach und nach wieder ausgeglichen werden kann. Sicherlich würden mit dem Ab-

schluß des Sicherheitspakts und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich ein gutes Ende finden.

### Der amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing am Montag vormittag den neuernannten außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Staaten, Schurmann, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bisherigen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der Vereinigten Staaten, Houghton. Schurmann hielt folgende Ansprache an den Reichspräsidenten:

„Der bisherige außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Vereinigten Staaten Alanson B. Houghton ist auf einen anderen Posten versetzt worden und außerstande, sein Abberufungsschreiben persönlich zu überreichen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat mich daher beauftragt, daselbe Ew. Erzellenz einzuhändigen. Gleichzeitig habe ich die Ehre, Ew. Erzellenz mein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter an die Regierung Ew. Erzellenz zu übergeben. Es ist der Wunsch meiner Regierung, im vollsten Maße die gegenseitige Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu pflegen. Persönlich, von den herzlichsten Empfindungen befeuert, die im gemeinsamen Leben und gemeinsamen Studien ihren Anfang nahmen und durch fortgesetzte gesellschaftliche Beziehungen gefördert wurden, wird es mir eine besondere Genugthuung sein, die Instruktionen meiner Regierung auszuführen. Ich bitte angelegentlich, daß die Regierung Eurer Erzellenz, mir das Vertrauen der Zusammenarbeit gewähren möchte, wie sie meinem Amtsvorgänger in so reichem Maße und mit so glücklichem Erfolg gewährt wurde. Dann werden wir zusammen das Wiedererleben der alten Beziehungen und einer herzlichen Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke fördern, die in der Vergangenheit in so hervorragender Weise zum Frieden und zum Wohl der Menschen beigetragen hat. Obwohl die Welt sich heute im Friedenszustande befindet, so genießt sie nicht die Früchte des Friedens. Die Gespenster der Furcht und des Mißtrauens gehen unter den Nationen um und stehen ihrem besten Streben nach wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Wiederherstellung entgegen. Wenn gleich es die Politik Amerikas ist, an der Lösung europäischer Fragen nicht teil zu nehmen, und wenn gleich es mir daher nicht anstehen würde, hinsichtlich des Wertes der politischen Aktion, die jetzt erwogen wird, eine Meinung zu bekunden, so sei es mir doch gestattet, es als glückliches Omen für den Frieden u. die Gesamtheit der Welt zu begrüßen, daß Deutschland eine neue Anwendung der vitalen Grundzüge der Verständigung u. des gegenseitigen Vertrauens vorgelegt hat. Mit tiefer Bewunderung für das, was Deutschland in der Vergangenheit für die Zivilisation beigetragen hat, u. mit dem festen Glauben an die Fähigkeit des deutschen Volkes, seine derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden, habe ich die Ehre Ew. Erz. die besten Wünsche des Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten für das Wohl und das Gedeihen Deutschlands zu übermitteln.“

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten: „Ich freue mich, aus den Händen Ew. Erz. zugleich mit dem Abberufungsschreiben Ihres berechneten Amtsvorgängers Ihr Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen, durch das der Präsident der Vereinigten Staaten Sie beim Deutschen Reich als außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter beglaubigt. Für die freundlichen Worte, die Sie sodan an mich gerichtet haben, spreche ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank aus. Mit großer Genugthuung habe ich daraus entnommen, daß Ihre hohe Regierung den Wunsch hegt, auch ferner die zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten bestehende wechselseitige Freundschaft in weitestgehender Weise zu pflegen. Seien Sie überzeugt, daß ich und die Reichsregierung, eingedenk der zahlreichen Freundschaftsbezeugungen, die Deutschland in den letzten schweren Jahren von Ihrem Lande empfangen hat, von den nämlichen Bestrebungen geleitet sind, wie Ihre Regierung. Wir werden tun, was in unseren Kräften steht, um Ihnen die Erfüllung der mit Ihrem verantwortungsvollen Amt verbundenen Aufgaben zu erleichtern. Neben den ausgedehnten wirtschaftlichen Beziehungen, die Deutschland und die Vereinigten Staaten wechselseitig verbinden, sind unsere beiden Länder von jeher durch starke geistige Bande verbunden. Ich zweifle nicht, daß Sie als ehemaliger Student dreier deutscher Universitäten, als Gelehrter von Weltruf und als langjähriger Präsident der berühmten Cornell-Universität, die uns schon einmal in Ihrem Amtsvorgänger Andrew D. White einen ganz hervorragenden Vertreter Ihres Landes gegeben hat, gerade für die amerikanisch-deutschen kulturellen und geistigen Beziehungen volles Verständnis besitzen werden. Ew. Erzellenz Hinweis auf das unbefriedete Europa und Ihre samatische Würdigung der neuen Schritte, die die Reichsregierung unternommen hat, um eine gegenseitige aufrichtige Verständigung herbeizuführen, beweisen, daß Sie warmherziges Verständnis für die politischen Nöte und die ethischen auf einen wirklichen Frieden gerichteten Absichten des deutschen Volkes besitzen. Für die guten Wünsche des Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten, die Sie mir gütigst übermittelt haben, spreche ich Ihnen meinen angelegentlichsten Dank aus. Namens des Deutschen Reiches heiße ich Sie herzlich willkommen.“

Bei dem Empfang waren der Reichsminister des Auswärtigen, Stresemann und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Schubert zugegen.

## Politische Neuigkeiten

### Im Kampfe um die demokratische Fabrik

Der deutsche Textilarbeiterverband hatte ca. 150 ausgewählte Betriebsräte im Aufsichtsrat aus der Textilindustrie in das Leipziger Volkshaus zusammenberufen. Die Konferenz diente dem Zweck, die Betriebsräte durch eine Reihe von Sachverständigenvorträgen eingehend mit den Aufgaben ihres Amtes innerhalb des Betriebes und in den Aufsichtsräten ihrer Gesellschaft vertraut zu machen. Als Zielgedanke stand über dieser Konferenz die Erreichung der gemeinwirtschaftlichen und demokratischen Fabrik. Das Vorstandsmitglied des Verbandes, Schulze-Berlin, betonte die Notwendigkeit, daß der Betriebsrat im Kampfe um die Wirtschaftsdemokratie sich umfassende Kenntnisse im Handelsrecht, der Wirtschaftsführung, des Arbeiterrechts aneignen müsse. Dies sei erforderlich, damit die Arbeitervertreter in den Verhandlungen mit den Unternehmern mit sachverständigen Ausführungen und nicht mit Phrasen auftreten könnten. Der Redner verlangte, daß endlich die Bestimmungen des Art. 165 der Reichsverfassung durchgeführt würden, die der Arbeiterschaft versprechen, daß Betriebsräte, Wirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat gebildet würden.

Die Konferenz nahm einstimmig drei Entschlüsse an: Die erste wendet sich gegen die Hochschulschule und die Tendenzen der Zollvorlage der Reichsregierung, in der eine schwere Gefährdung der industriellen Entwicklung Deutschlands gesehen werde. Die zweite Entschlüsse fordert von den Regierungen des Reiches und der Länder Bereitstellung größerer Mittel zum Zwecke der Schulung der Arbeiterschaft und der Weiterbildung der Betriebsräte. Die dritte Entschlüsse erachtet den Vorstand des Verbandes, die in dem Vortrage des Direktors der Arbeiterbank, Dr. Bachem, zur Sprache gekommenen Gesichtspunkte bezüglich der wachsenden Arbeitslosigkeit der Aufsichtsräte, eingehend zu prüfen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

### Prozess gegen mecklenburgische Kommunisten

Vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes in Leipzig zum Schutze der Republik begann ein großer Prozess gegen mecklenburgische Kommunisten. Es haben sich wegen Beihilfe zum Hochverrat, Vergehen gegen das Republiksschutzgesetz, schweren Diebstahls, Hehlerei, Begünstigung, Sprengstoffverbrechen und unbefugten Waffenbesitzes der Maurer Heinrich Köster und 18 Genossen aus Poitzendorf, Parchim und Schwerin zu verantworten. In der Nacht vom 23. Januar 1924 stahlen die Angeklagten aus einer Fabrik große Mengen Sprengstoffe und verarbeiteten diese zu Handgranaten. Köster wird auch zur Last gelegt, daß er verschiedene Partisan-Gruppen gebildet hat.

### Die englisch-chinesische Spannung

Eine chinesische Note wurde an den britischen und den französischen Konsul in Kanton gerichtet, in der von Großbritannien eine Entschuldigung, die Bestrafung der für die Schierei im europäischen Viertel verantwortlichen Führer, die Zurückziehung aller Schiffe aus den Gewässern von Kanton, mit Ausnahme von zwei Despatchesbooten, und die Vergütung einer Entschädigungssumme für den Verlust an Leben und Eigentum gefordert werden. Die Note sagt, es sei bekannt, daß die Franzosen nicht in erster Linie gekauert hätten; aber auf das britische Feuer hin hätten sie ebenfalls geschossen. Die Note ist von dem Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten im Namen der zivilen Regierung unterzeichnet. Die Konsuls haben auf die Note nicht geantwortet.

Da die chinesischen Behörden versprochen haben, daß sie Kundgebungen verhindern werden, haben die britischen Behörden die Freiwilligen zurückgezogen und lassen die Verteidigungsanlagen abbauen. Die englischfeindliche Agitation dauert indessen fort.

Der Londoner Chefredakteur von „Workers Weekly“ erhielt von General Fung Yu Sjang eine Zuschrift, in der es heißt: Shanghai ist ein chinesisches Gebiet, wird aber unter einem System verwaltet, in dem der wirkliche Herrscher unvermeidlich der britische Generalkonsul ist. Dieses System ist auf Grund von einseitigen Verträgen eingerichtet. Weiter heißt es, unbewaffnete Studenten seien bei einer friedlichen Kundgebung auf Befehl der britischen Behörden in Shanghai beschossen worden, wobei es Tote und Verwundete gegeben habe. Ebenso seien in Hongkong und Kantau Studenten und Arbeiter durch britische Maschinengewehre getötet worden. Diese Taten hätten das Nationalgefühl und die Entrüstung der Chinesen hervorgerufen. Die Erklärung schließt: Solange der fremde Imperialismus das Land unterjocht, ist die Wiederholung von Verbrechen durch die Briten unvermeidlich. Wenn wir auch ein gebildetes und friedliches Volk sind, so gibt es doch eine Grenze für unsere Fähigkeit, ein solches Vorgehen zu erdulden.

In Hoihsu sind die Kundgebungen heftiger geworden. Augenblicklich ist die Lage dort äußerst gespannt. Aus allen Richtungen treffen Studenten ein und versuchen Anruhen anzuführen. Ein britisches Unterseeboot ist in Hoihsu eingetroffen. In Kutschou ersuchte der britische Konsul den Militärgouverneur um Schutz auf Grund von Verträgen über einen Angriff auf die Kabelstation. In Tschungking agitieren geschlagene Soldaten und vermehren die Reihen der Aufrihrer.

Sachsen und die Zollvorlage. Die sächsische Regierung gab über die Gründe, die sie bewogen hat, sich bei der Schlussabstimmung über die Zollvorlage im Reichstag der Stimme zu enthalten, eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß dem Vertreter Sachsens im Reichstag die Anwesenheit erteilt wurde, die Mindestabgabe für Getreide abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß die Agrarzölle soweit als möglich herabgedrückt werden. Bei der Schlussabstimmung über die Vorlage im ganzen enthielt sich der Vertreter Sachsens der Stimme, um nicht gegen die in dem Entwurf vorgesehenen und für Sachsen erforderlichen Industriezölle zu stimmen.

Neue Beschränkungen in der Luftfahrt. Wie wir erfahren, wird der Reichsverkehrsminister zur Erörterung der Note der Vorkonferenz, die neue Beschränkungen des Luftfahrzeugbaues fordert, den Beirat für das Luftfahrzeugwesen in den nächsten Tagen einberufen. Die neuen Beschränkungen enthalten neben den Bestimmungen von 1922, die mit der Begründung, zivile und militärische Luftfahrzeuge zu unterscheiden, in Wirklichkeit die deutsche Luftfahrt beschränken, u. a. die Forderung, auch die Zahl der Luftfahrzeuge, Motore und Ersatzteile festsetzen zu können.

Zusammenstoß zwischen Stahlhelm und Kommunisten. Bei einem in Dortmund gelegentlich der Gründung einer Ortsgruppe des Stahlhelmbundes veranstalteten Fadelzug der Stahlhelmeute wurden diese von Kommunisten und Reichsbannerleuten beschimpft und mit Steinen beworfen, wodurch einige Stahlhelmeute leicht verletzt wurden. Ein zweiter Zug des Stahlhelmbundes wurde ebenfalls angegriffen; hier wurden einige Mitglieder durch Messerstücke schwer verletzt. Auch ein berittener Polizeibeamter, der zum Schutze des Zuges die Menge zurückdrängen wollte, wurde durch einen Steinwurf an der Stirn so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

### Die Arbeitslosigkeit in England

Im englischen Unterhaus erklärte Macdonald zu dem Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei, daß die Regierung in der Frage der Arbeitslosigkeit ihre Pflicht nicht getan habe. Die Politik der Regierung schädige die Industrie, beschränke die Märkte und vermehre die Arbeitslosigkeit. Macdonald forderte engere Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland.

Demgegenüber erwiderte Baldwin, man dürfe sich jetzt nicht zu einer Aktion hinreißen lassen, die der Industrie, der man doch zu helfen wünsche, nicht nützen würde. Die Zahl der Arbeitslosen sei gegenüber dem Vorjahre um 228 000 auf 1 1/2 Millionen gestiegen. Trotz der Abnahme der Auswanderung und der Zunahme der Bevölkerung seien aber immer noch 90 Prozent der Bevölkerung beschäftigt. Besonders kritisch sei die Lage im Kohlenbergbau. Die Kaufkraft der Nation als Ganzes sei jedoch nicht beeinträchtigt worden. Zur britischen Außenpolitik erklärte Baldwin, daß es 5 Jahre hindurch Englands Bestreben gewesen sei, Europa Ordnung und Frieden zu bringen. Wenn die Sicherheitspaktverhandlungen von Erfolg gekrönt seien, so werde dies einen weiteren Meilenstein auf der langen mühseligen Straße der Befriedung Europas bedeuten.

Baldwin schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: Der britische Handel werde niemals stark genug sein, um unerwarteten Schlägen und Veränderungen im internationalen Handel begegnen zu können. Die Mehrheit des englischen Volkes genöhne sich nur schwer an die Erkenntnis, daß die Lage für immer vorbei sind, wo England für die Welt fabrizierte, und wo es den Leuten diejenigen Waren liefern konnte, die England wollte, nicht die, die sie wollten, und die sie zu einem Preise nehmen mußten, den England forderte. Heute nehme England eine beherrschende Stellung mehr ein, daher hänge der Erfolg der britischen Industrie mehr und mehr von der Güte der Waren ab, die sie liefern und von billigen und wirksamen Produktionsmethoden.

Im Verlaufe der Besprechung des Mißtrauensantrages kam es zu stürmischen Kämpfen, als der Arbeitsminister die Tätigkeit des Arbeiterkabinetts im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit kritisierte. Der Minister war außerstande, seine Rede zu beenden.

### Die deutschen Studenten vor einem Sowjetgericht

Die Anklage gegen drei in Moskau vor dem Obersten Gerichtshof zur Verantwortung gezogene deutsche Studenten ist auf der Behauptung aufgebaut, daß das Studentenwerk Berlin, der örtliche Wirtschaftskörper der Berliner Studentenschaft, ein Teil der sogenannten Organisation Consul und der früheren Reichszentrale Dr. Michaelis der Leiter der Berliner Sektion dieser Organisation sei. Michaelis hat zur Klärung vor dem Obersten Gerichtshof folgende eidesstattliche Erklärung abgegeben: Das Studentenwerk Berlin ist die Organisation der Selbsthilfe der Berliner Studentenschaft. Sie ist politisch völlig indifferent und hat zur Aufgabe lediglich die Hebung der wirtschaftlichen Lage und die Fürsorgetätigkeit der Berliner Studenten an allen neun Hochschulen. Mit Politik hat das Studentenwerk aber nicht das Geringste zu tun. Eine Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule ist niemals vorgekommen. Irgeiwelche persönlichen Beziehungen mit der Organisation Consul habe ich nie gehabt und habe sie auch heute nicht. Ich kenne die ganze Organisation nur vom Hörensagen und durch die Presse und habe bewußt noch nie einen Mann gesprochen, der in der Organisation Consul tätig sein könnte. Mit der Einsetzung einer Gruppe nach Moskau steht das Studentenwerk in keiner Verbindung. Die einzige Verbindung, die ich persönlich mit Menschen habe, die in Moskau in der Fürsorgetätigkeit für Studenten gestanden haben, kann höchstens in Frage kommen die sogenannte Europa-Hilfe, d. h. die Organisation des Weltbundes christlicher Studentenvereinigungen, die seit vier Jahren die Hilfsaktion unter den notleidenden Studenten des europäischen Kontinents betreibt. Sie hat ihren Sitz in Genf. Ich bin Vorsitzender der deutschen Abteilung dieser Europa-Hilfe. Diese Organisation ist mehr pazifistisch eingestellt. Sie steht namentlich allen reaktionären, überhaupt allen politischen Bestrebungen prinzipiell fern. An einer Sitzung, deren Gegenstand die Entsendung von Studenten nach Rußland gewesen wäre, die mit Instruktionen zu versehen wären, habe ich nie teilgenommen.

### Todesurteile gegen Kommunisten

Nach einer Meldung des Regierungsblattes „Netsch“ aus Plovdin hat das Kriegsgericht das Urteil gegen den Zentralausführer der kommunistischen Partei in Bulgarien gefällt. Danach sind der Kassierer der kommunistischen Partei Conja Dragoschikowa und die Rechtsanwältin Michailowa und Todorow sowie Milew und Cvetarow zum Tode und je 500 000 Lewa Geldstrafe verurteilt worden. Dimitrow wurde zu lebenslänglicher Kerker und 400 000 Lewa Geldstrafe verurteilt. Sechs andere Kommunisten erhielten Kerker und 250 000 Lewa Geldstrafe.

Das Kriegsgericht in Simen hat die kommunistischen Verschwörer Dimitrow, Bratow, Karnatow und Mintzow sowie ferner Malinow und Georgiew zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Verurteilten sind 21 bis 23 Jahre alt.

### Verlustreiche Kämpfe in Marokko

Das in Rabat ausgegebene offizielle Kommuniqué über die Lage an der französischen Marokko-Front lautet: Der am 27. Juni durch die im Tal von Haut Leber operierende mobile Truppe erzielte sehr erhebliche Erfolg ist durch eine Einzelunternehmung bei Von Gabima ergänzt worden. Die feindlichen Verluste sind sehr schwer gewesen. Mehr als 300 Tote sind auf dem Kampfplatz zurückgelassen worden. Die Distanzen, die diese Gegend besetzt halten, scheinen aufgelöst zu sein. Im Osten verstärken sich die feindlichen Kontingente.

Nach einem dem „Petit Parisien“ aus Fez zugegangenen Telegramm zeigen die Miß-Lente bei den Kämpfen nördlich von Taza eine außerordentliche Beharrlichkeit. Sie versuchen fortgesetzt Einbrüche und diese sind zum Teil offenbar gelungen. Der größte Teil der den Franzosen treuen Stämme mußte sich auf die Stellungen der französischen Truppen zurückziehen. Man schätzte den Effektiveinsatz der Miß-Truppen bei an der Offensive teilnehmen, auf 6000 Mann in der ersten Kampflinie, ohne die Reserven in Betracht zu ziehen.

Die Sozialisten und das Kabinett Painlevé. Die Vereinigung der sozialistischen Partei des Departements Bouches-du-Rhône hat auf ihrem Jahreskongreß mit 102 gegen 81 Stimmen folgende Tagesordnung angenommen: Der Kongreß gibt seinen Delegierten den ausdrücklichen Auftrag, unbedinglich und bedingungslos die Unterstützungspolitik aufzugeben und gegen jeden Antrag zu stimmen, der die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Politik und selbst ihre teilweise Aufrechterhaltung durch irgend welche Maßnahmen begünstigt.

Rücktrittsbefehl Mellons? Zu der Meldung des „Newport Herald“ über Rücktrittsbefehl Mellons wird noch mitgeteilt, daß Mellon nicht wegen der Schwierigkeiten der Finanzprobleme, sondern wegen der teilweisen Lösung der bisherigen Finanzprobleme den Wunsch habe, zurückzutreten.

### Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Der „Petit Parisien“ berichtet, daß heute nachmittag eine Vollziehung der deutschen und der französischen Handelsvertragsdelegation stattfinden wird. Der Verlauf dieser Beratungen werde darüber entscheiden, ob die deutschen Delegierten bei ihrer letzten Stellungnahme beharrten. In diesem Falle sei es schwierig, in den Verhandlungen weiter voranzuschreiten. — Die „Ere Nouvelle“ fordert in einem Leitartikel den Handelsminister Chaumeil dringend auf, er möge bedenken, daß man sich vor allem bemühen müsse, die Mobilität des Gegners zu begrenzen. Die Deutschen hätten jetzt eine stabilisierte Währung, während Frankreich ein Land mit entwerteter Währung sei. Der deutsche Export nach Frankreich umfasse fast alle in Deutschland fabrizierten Artikel. Eine Verständigung erscheine möglich. Das wirtschaftliche Abkommen sei eine unerläßliche Ergänzung des politischen Abkommens. Wie könne man einen Sicherheitspakt abschließen, wenn man einen Zollkrieg mit Deutschland beginne?

Gea-Karte der Deutschen Eisenbahnen und ihrer Anschlüsse im Auslande. Der Gea Verlag G. m. b. H., Berlin W 35, welcher den Verlag von Karten der Verkehrs-, Industrie- und Handelsgeographie als Spezialität pflegt, gibt soeben in neuer Auflage die Gea-Karte der Deutschen Eisenbahnen und ihrer Anschlüsse im Auslande 1:800 000 heraus, die in der Größe von 156 x 127 cm allen Ansprüchen gerecht wird. Die Karte ist auf Grund amtlicher Unterlagen und in sauberster Lithographie hergestellt. Sie bringt alle Einzelheiten, also auch die Grenzen nach dem neuesten Stande. Zu dieser Karte gehört ein Stationsverzeichnis. Dieses enthält sämtliche Stationen der deutschen Staats- und Privatbahnen und der Kleinbahnen mit Angabe ihrer Lage auf der Karte; ferner einen Anhang: Die von Deutschland nach dem Friedensvertrage von Versailles abgetretenen Orte und Eisenbahnstationen mit Postanstalten mit ihren früheren und jetzigen Namen.

### Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing am Montag in Gegenwart des chinesischen Gesandten den chinesischen General Shi Shun-feng, den Führer der 3. Jt. Deutschland bereisenden Studienkommission. Ferner hat der Reichspräsident den neuernannten österreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Franz zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Der Stellvertreter des Reichsbahnpräsidenten. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat einem Antrag des Generaldirektors Dejer entsprechend die Stellung eines ständigen Vertreters des Generaldirektors geschaffen und den Reichsbahndirektionspräsidenten Dornmüller zum Direktor der Reichsbahngesellschaft und ständigen Vertreter des Generaldirektors ernannt. Dornmüller, der von 1908 bis 1917 als Chefingenieur der kaiserl. chinesischen Staatsbahn in Tientsin und Peking tätig war, wurde wegen seiner umfassenden Erfahrungen zu den Beratungen des Dames-Konvents über das Reichsbahngesetz sowie deren Statuten zugezogen. An den Londoner Verhandlungen beteiligte er sich in weitestgehendem Maße.

Die Räumung des Ruhrgebietes. Wie das „Petit Journal“ mitteilt, sind im französischen Kriegsministerium alle Vorbereitungen getroffen, um gemeinsam mit einer belgischen und englischen Kommission die Modalitäten der Räumung des Ruhrgebietes auszuarbeiten.

Das Hochzeitsgeschehen des früheren Kronprinzen. Der Ausschluß des preußischen Städtetages, der seinerzeit die Vorbereitungen für den silbernen Tafelschmuck zur Hochzeit des früheren Kronprinzen getroffen hatte, beschloß, in unmittelbare Verhandlungen mit dem früheren Kronprinzen zu treten über die Frage, ob er bereit sei, den künstlerisch hervorragenden Tafelschmuck in irgend welcher Form der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Graf Hugo von und zu Verdernfeld ist im Alter von 88 Jahren in Böhmen gestorben. Graf Verdernfeld begann seine diplomatische Laufbahn im Jahre 1869, wo er der Gesandtschaft in Paris als Attaché beigeordnet wurde. Ferner war er bei den Gesandtschaften in Petersburg und Wien tätig. Er hat Bayern 38 Jahre lang im Bundesrat des Deutschen Reiches vertreten.

Ertrag der Wohlfahrtsbriefmarken. Wie uns die Reichspostschäftsstelle der Deutschen Poststelle mitteilt, haben die Wohlfahrtsbriefmarken der Reichspost, die im vorigen Jahre herausgegeben wurden und mit dem 30. Juni d. J. ihre Gültigkeit verloren, insgesamt einen Reinertrag von rund 1 725 000 Reichsmark erbracht. Der Gesamterlös ist für Zwecke der Wohlfahrtspflege, insbesondere für Speisungseinrichtungen, und alle Arten der öffentlichen Fürsorge im besetzten und unbefetzten Gebiet verwendet worden.

Verständigung in der Holzindustrie. An den im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen der deutschen Holzindustrie haben zu einer Verständigung über die in den einzelnen Lohngebieten vorzunehmende Neuregelung der Tarife geführt. Es wurde dabei eine zweimalige Erhöhung der Stundenlöhne vorgeschlagen und zwar einmalige für sofort und dann ab August. Prozentual schwanken diese Erhöhungen zwischen 9 und 25%.

Auf der Frankfurter Herbstmesse vom 4. bis 7. Oktober wird die Gruppe Kunstgewerbe in wesentlich erweitertem Umfang erscheinen. So ist, von München ausgehend, das in diesem Jahr das fünfundsiebzigjährige Bestehen des Bayerischen Kunstgewerbevereins feiert, eine geschlossene Schau aller Zweige des bayerischen Kunstgewerbes angemeldet.

Mißtrauensantrag gegen die englische Regierung. Der von der Arbeiterpartei im Unterhaus eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde mit 373 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Keine militärische Parade am französischen Nationalfest. Ministerpräsident Painlevé hat in seiner Eigenschaft als Kriegsmilitär bestimmt, daß am 14. Juli, dem Nationalfest, keine militärischen Paraden stattfinden. Es findet lediglich eine Feier vor dem Grabe des Unbekannten Soldaten statt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Der hohe Druck hat sich langsam ostwärts verschoben und bedeckt mit seinem Arme Belgien nordwärts bis Estland. Unter seinem Einfluß ist heftiger und überall trockenes Wetter eingetreten. Bis in große Höhen wehen östliche Winde. Damit hat sich die in einem Sommer charakteristische Trockenperiode, die in den letzten Wochen nur zeitweise unterbrochen war, wieder hergestellt. Voraussichtliche Witterung für 1. Juli: heiter, trocken, warme schwache östliche Winde.

# Badischer Teil

## Gruß der badischen Regierung an die Wiener Philharmoniker

Mannheim, 30. Juni. Gestern nachmittags gegen 4 Uhr trafen die Wiener Philharmoniker von Baden-Baden kommend hier ein. Ein herzlicher Empfang wurde den Wienern zuteil. Vor Beginn des Konzerts versammelten sich die Gäste in der Wandelhalle des Rosengarten zu einer gemeinsamen Tafel, zu der auch die Spitzen der Behörden und des hiesigen Stadtrats erschienen waren. Man bemerkte unter den Erscheinenden den badischen Staatspräsidenten Dr. Fellpach, sowie Minister Kemmel, außer den sächsischen prominenten Persönlichkeiten. Oberbürgermeister Kuger der Stadt Mannheim ließ die Gäste herzlich willkommen sein.

Im Anschluß hieran hielt Staatspräsident Dr. Fellpach eine eindrucksvolle Begrüßungsansprache und hieß die Gäste, die er als die berühmtesten und größten Musikanten nicht bloß der deutschen und der europäischen, sondern wohl überhaupt der abendländischen Welt pries, im Namen des Landes Baden herzlich willkommen. Der Staatspräsident kam auf die Pflege der Kunst durch die Wiener Philharmoniker zu sprechen und betonte, daß sie ein ungeheures Bewußtsein im Laufe der Zeit vollbracht hätten. Dr. Fellpach berührte dann den in allen Deutschen schimmernden Wunsch, daß die Oesterreicher einmal ganzstaatlich zu uns kommen möchten und sagte zum Schluß: Was der historische Augenblick auch noch sein mag, was Sie für die feierliche Vorbereitung dieses Augenblicks tun, ist das Größte, was jetzt überhaupt geleistet werden kann. Wir fühlen uns glücklich, daß Sie mit der Erfüllung dieser Mission auch zu uns gekommen sind. (Lebhafte Beifälle.)

Professor Wunderer dankte dem Staatspräsidenten und gab dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Wiener hier in Mannheim auf historischem Boden weilen dürfen. Mit einem Hoch auf die Stadt Mannheim und dem Lande Baden schloß der Redner seine Ausführungen.

Vor Beginn des Konzerts hielt Oberbürgermeister Dr. Kuger-Mannheim nochmals eine Begrüßungsansprache an die Wiener Künstler.

Das Konzert, dirigiert von Generalmusikdirektor Erich Kleiber von der Staatsoper Berlin brachte Ariens von Schubert und Beethoven und Strauß'sche Walzer. Stürmischer Beifall wurden den Wienern gesendet.

## Weitere vorläufige Volkszählungsergebnisse

Mannheim: Das vorläufige Ergebnis für Mannheim beträgt 242288 Einwohner. Gegenüber der letzten Vorkriegszählung von 1910 würde dies eine Zunahme der Bevölkerung um 38191 Seelen oder um 17,6 Prozent bedeuten. Diese Zahl wird sich aber, nach beträchtlich erhöhen, da mit zahlreichen Nachträgen zu rechnen ist, namentlich aber die Zahl der vorübergehend abwesenden (verreisten) Personen jene der vorübergehend anwesenden erheblich übersteigt.

## Reichspräsidentenwahl 1925 in Baden

Unter diesem Titel erscheint in den nächsten Tagen eine vom Bad. Statistischen Landesamt bearbeitete Druckschrift, enthaltend in Tabellenform die Abstimmungsergebnisse des ersten und zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl in Baden. Die Tabellen bringen die Bevölkerungslisten, die Zahlen der Abstimmungsberechtigten und der Abstimmenden, sowie die auf die einzelnen Kandidaten entfallenden Stimmen, zusammengefaßt für die Gemeinden, Amtsbezirke, Landeskommissarbezirke, Kreise und was im Hinblick auf die in diesem Jahre stattfindenden Landtagswahlen von besonderer Bedeutung ist, auch für die Landtagswahlkreise. Den Angaben für die Amtsbezirke und Landtagswahlkreise sind jeweils zu Vergleichszwecken die Abstimmungsergebnisse bei den Reichspräsidentenwahlen am 4. Mai 1924 und 7. Dezember 1924 gegenübergestellt.

Die Druckschrift ist vom Bad. Statistischen Landesamt in Karlsruhe, Akademiestr. 1, zum Preise von 2 M. (auschl. Porto) zu beziehen.

## Denkmalspflege und Heimatschutz

Vom 20. bis 22. September findet in Freiburg der „Tag für Denkmalspflege und Heimatschutz“ statt. Neben den geschäftlichen Beratungen werden eine ganze Reihe von Vorlesungen gehalten werden. Ueber die Gefährdung des Privatbesitzes an historischen Denkmälern und Kunstsammlungen in Deutschland durch Steuererlasse wird heftiger Gehändel Dr. Ing. h. c. Freyher von Bielowitz-Berlin und über die Behandlung der Farbe im Stadtbild werden die Professoren Dr. Albert-Jeanfuit a. M. und Giber-München sprechen. Weitere Vorträge haben das Thema „Denkmalspflege im Elsaß“ (Berichterstattung ehemaliger Bezirkspräsident des Unterelsaß, Regierungspräsident z. D. Pauli-Potsdam), „Erhaltung- und Wiederherstellungsarbeiten am Freiburger Münster“ (Berichterstattung Münsterbaumeister Dr. h. c. Kempf-Freiburg), „Professur Dr. h. c. Frig Geiges-Freiburg“ wird über die Wiederherstellung der Glasmalereien sprechen. Im Ausstellungsgelände des Kunstvereins wird während der Tagung eine Ausstellung mit dem Motto „Die Farbe im Stadtbild“ veranstaltet. Den Vorträgen führen Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Clemen-Bonn und Winkl. Geh. Rat Staatssekretär a. D. von Stein-Berlin. Im Orts- und Landesausflug sind neben Oberbürgermeister Dr. Reider Erzbischof Dr. Karl Frig, Weihbischof Dr. Wilhelm Burger, Staatsminister a. D. Freyher von und zu Bodman, Prinz Max von Baden, Fürst Wilhelm von Hohenzollern, Landeskommissar Geheimer Oberregierungsrat Dr. Schneider die namhaftesten Vertreter von Kunst, Geschichte, sowie anderen Zweigen der Wissenschaft vertreten.

## Reichsunfallversicherung der Autobesitzer

Gegenwärtig findet eine Revision der Dauer von Personenkraftfahrzeugen bezüglich der Anmeldung zur Reichsunfallversicherung statt. Jede Autohaltung, in der Personen beschäftigt werden, unterliegt der Reichsunfallversicherungspflicht (§§ 537 Abs. 1, 538 Abs. 1, 544 ff. der Reichsversicherungsordnung). Nach § 538 dieses Gesetzes ist jede Fahrzeughaltung, in der versicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigt werden, verpflichtet, binnen einer Woche nach Inbetriebnahme unauferfordert beim zuständigen Versicherungsamt anzumelden. Für Karlsruhe kommt das Bezirksamt — Versicherungsamt in Frage, wo die erforderlichen Anmeldeformulare aufstiegen. Wer die Anmeldung unterläßt, hat hohe Strafen (bis zu tausend Reichsmark) zu gewärtigen. Versicherungspflichtige Arbeitnehmer sind nicht nur die ständig in einer Fahrzeughaltung beschäftigten Personen (z. B. Kraftwagenführer), sondern auch alle diejenigen Personen, die nur nebenbei irgendwelche Arbeitsleistungen verrichten (z. B. nach Weisung, Hausangestellte usw., wenn sie die Reinigung von Fahrzeugen mitzubefolgen haben.) Eine Befreiung von

der Reichsunfallversicherung durch den Abschluß von Haftpflicht- oder Unfall- usw. Versicherungen bei privaten Versicherungsgesellschaften ist in keinem Falle möglich.

## Der pfälzische Weinbau zum deutsch-spanischen Handelsvertrag

Aus allen Teilen der Pfalz, Badens und Hessens hatten sich am Sonntag Winger und Weinbauinteressenten in Ebenloben eingefunden, um gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag Stellung zu nehmen. Bürgermeister Horländer-Ebenloben begrüßte die zahlreich erschienenen Versammlungsteilnehmer und wies kurz auf die Gefahren hin, die der Wingerwirtschaft durch den deutsch-spanischen Handelsvertrag drohen. Die Reichsregierung müsse durch Steuererhöhung und Steuernachlass sowie durch ausreichende Kredithilfe die notleidende Wingerwirtschaft unterstützen. Ein Referat von Dr. Wolf-Maitammer legte in einzelnen die wirtschaftlichen Schädigungen dar, die sich für die Wingerwirtschaft aus dem Vertrage ergaben. Auch verschiedene Vertreter der Bauernbünde, der Bauernkammer, der Winger- und Weinhandelsorganisationen protestierten in ihren Ausführungen scharf gegen den Handelsvertrag. Bürgermeister Horländer sagte alle Ausführungen in seinem Schlußwort zu einer Entschließung zusammen, die von der Entschließung einstimmig angenommen wurde. In der Entschließung wird u. a. Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrages zum 1. Juli, Aufhebung der Weinsteuer und der Zuderungsfrist, sowie ausreichender Zollschutz für den Weinbau allen ausländischen Weinen gegenüber gefordert.

## Gemeinde-Rundscha

Der Bürgerausschuß Offenburg genehmigte u. a. den Umbau eines Kasernenbaus zu einer Gewerbeschule (Kostenanschlag 100 000 M.), den Umbau des Kasernenabgebäudes für Wohnungen (25 000 M.), die Erstellung eines Wohnhauses mit 4 Wohnungen für Reichsbeamte (40 000 M., Darlehen aus dem Rhein-Nur-Fonds und 15 000 M. aus der Gebäudeförderer). Ferner stimmte der Bürgerausschuß zwei Entschließungen des Stadtrats zu, in denen das badische Staatsministerium und der Landtag ersucht werden sollen, im laufenden Rechnungsjahr die Grundlagen der Überweisung der Reichssteuer (Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer) an die Gemeinden nicht zu ändern und die Ertragssteuern der Gebäudeförderer keinesfalls zu verringern, insbesondere nicht durch die beabsichtigte Freizehung der landwirtschaftlichen Wohngebäude.

Die städtischen Finanzen Freiburgs i. Br. In der letzten Sitzung des Stadtrats Freiburg, wurde der Hauptvoranschlag für das Rechnungsjahr 1925 (1. April 1925/26) genehmigt. Derselbe schließt ab mit einer Ausgabe von 11 760 000 und einer Einnahme von 9 340 000 M., so daß ein Fehlbetrag von 2 420 M. zu deden ist. Dies soll durch Erhebung von Gemeindefeuern gedeckt und zwar wurde beschlossen, von 100 Mark Steuerwert des Grundvermögens 50 Pfennig und des Betriebsvermögens 75 Pfennig zu fordern.

## Aus der Landeshauptstadt

### Unsere Jugend wandert

Wer nur auf dem Lande lebt und den größten Teil seines Tagewerks im Freien verbringt, wird sich nur selten ein richtiges Bild von der Sehnsucht unserer Stadtbewohner nach Licht und Sonne, nach Weite und Wald machen können. Wichtig ist nur, daß das Wandern nicht ausartet, und deshalb bemühen sich alle wahren Freunde der Jugend, Wander-Heimstätten zu errichten. Dort soll der junge Mensch ein Obdach finden, wo er nach ermüdendem Marsch sich erholen kann, wo er auch für eine Nacht eine einwandfreie Weisheit findet. Um diese Ziele zu verwirklichen, hat sich unter dem Namen „Jugendbrunnen“ eine Vereinigung gebildet, deren erste Aufgabe darin bestehen soll, in Obersteingurg bei Baden-Baden ein Mädchenheim zu erbauen. Es ist trotz der Ungunst der Zeiten gelungen, nicht nur den Bauplatz zu erwerben, sondern auch den Bau selbst soweit zu fördern, daß er unter Dach gekommen ist. Leider sind aber nicht nur die Geldmittel inzwischen vollständig erschöpft, sondern es mußte auch eine nicht unbeträchtliche Schuldenlast aufgenommen werden. Es werden deshalb alle Freunde einer gesunden Jugend, wenn in den nächsten Tagen die mit behördlich abgestempelten Ausweisen versehenen Sammler und Sammlerinnen um eine Gabe bitten, gebeten, nach Kräften dazu beizutragen, damit die noch fehlenden Geldmittel zusammenkommen.

Namhafte Persönlichkeiten des gesamten öffentlichen und privaten Lebens haben das Unternehmen bisher in höchster Weise unterstützt und sind dem Ehrenausfluß beigetreten, so u. a. Reg.-Rat Bröcher (für den Zweigausfluß Baden für Jugendherbergen), Rechtsanwalt Dr. Dutenhofer, Stadtrat in Bruchsal, Dr. B. Engler, Präsident, Dr. Hiltl, Fürsorgeamtsdirektor, Prof. Dr. H. Franz, Stadtrat, Dr. Kuch, Ministerialdirektor, Dr. Fellpach, Staatspräsident, Kultusminister, Dr. Köhler, Finanzminister, Direktor Wenzinger, Konful, Kemmel, Minister des Innern, Frau Dr. Clara Siebert, Dr. Krunt, Justizminister.

Zur Enthüllung des Leibgrenadieren Denkmals. Dem Oberbürgermeister ist von der Kameradschaft Badischer Leibgrenadiere folgendes Telegramm zugegangen: „Die im Heinen Festhalleaal nach der Weisung des 108er-Denkmal versammelten Vertrauensleute der Kameradschaft Badischer Leibgrenadiere als Gesamtvertretung aller 108er bitten Sie, sehr verehrt Herr Oberbürgermeister, der Bevölkerung der Landeshauptstadt den herzlichsten Dank für den überwältigenden und begeisterten Empfang durch die Karlsruher Bevölkerung, vor allem beim Anmarsch zur Denkmalsweihung an unserem Ehrentage, zu übermitteln. Die alte Garnisonstadt hat gezeigt, daß sie ihre Leibgrenadiere nicht vergessen hat. Die 108er werden Badens Landeshauptstadt als ehemalige Garnison nie vergessen. Treue um Treue. Kameradschaft Badischer Leibgrenadiere. J. A. Oertel.“

Bezahlt die Handwerkerrechnungen! Fortgesetzt laufen bei den Handwerkskammern bittere Klagen aus den Kreisen des Handwerks darüber ein, daß die Handwerkerrechnungen äußerst langsam und zum Teil gar nicht bezahlt werden. Dies trifft insbesondere auf die Gewerbe der Schneider, Schuhmacher, Schmiede, Wagner, Sattler, aber auch auf alle übrigen Gewerbe zu. Der Handwerker kommt dadurch in eine äußerst schlimme Lage, er wird genötigt, seine Betriebsmittel auf lange Zeit an seine Kundschaft auszuliehen und ist nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen und neue Rohstoffe und Halbfabrikate einzukaufen. Es hat dies schon zur Schließung von Handwerksbetrieben geführt. Die Handwerkerpreise steigen daher die dringende Bitte an die Kundschaft, die Handwerkerrechnungen rechtzeitig zu bezahlen.

Tagung der Deutschen Dentistenverbände. Im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche 1925 nimmt die Tagung der deutschen Dentistenverbände einen vorzugsweisen Platz ein. Der Großbezirk Baden des Reichsverbandes Deutscher Dentisten, als Veranstalter dieser Tagung, hat sich besonders angelegen sein lassen, als Mittelpunkt der innerhalb der Herbstwoche stattfindenden Veranstaltung neben einer fachwissenschaftlichen Tagung eine wirkungsvolle zahnhygienische Ausstellung zu zeigen. Diese erstmals zur Durchführung gelangende, zahnhygienische Ausstellung soll nicht nur für die Hochschullehrer bestimmt sein, sondern vor allem für das weitere Publikum, ein umfassendes Bild geben von der Gesamttätigkeit des Dentistenstandes und ihrer gemachten Errungenschaften. Um auch der Zahnpflege weiteste Verbreitung zu geben, veranstaltet die Ausstellungsgesellschaft während der Ausstellung einen Zahnpflege-Wettbewerb der Karlsruher Schulkinder. Es sollen zu diesem Zwecke an etwa 10—12 000 Schulkinder gratis eine Zahnbürste, Zahnpflegemittel, eine Anleitung zur Zahnpflege nebst einer Einladung zur Besichtigung der Ausstellung verteilt werden, bei welcher Gelegenheit diejenigen Kinder welche die bestgepflegten Zähne haben, einen Preis erhalten.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Badische Leichtathletik-Meisterschaften 1925. Die badischen Leichtathletik-Meisterschaften 1925 für Männer kommen am Sonntag, den 5. Juli 1925 in Freiburg i. Br. im Stadion des Freiburger Fußballklubs zum Austrag. Erstmals stehen die Meisterschaften allen deutschen Mitgliedern badischer Vereine ohne Unterschied der Verbandsangehörigkeit offen. Der Aufruf des Bad. Landesverbandes für Leichtathletik richtet sich daher nicht nur an die reinen Leichtathleten, sondern auch an die Turner, Schwimmsportler, Schiimmer, Ruderer, Fußball-, Hockey- und Rugbyspieler, Tennisspieler, Rad- und Motorfahrer die Mitglieder der Deutschen Jugendkraft, des Bad. Jugendbundes (evang. Jugendvereine) und sonstiger Jugendvereine, Wandervogel, Pfadfinder usw. und nicht zuletzt auch an die Arbeiterportler und Turner. Die Bedingungen sind für alle Teilnehmer gleich. Die Meisterschaften kommen zum Austrag im Laufen in 100 Meter, 200 Meter, 400 Meter, 800 Meter, 1500 Meter, 5000 Meter, 10 000 Meter, 110 und 400 Meter Hürden, 4 x 100 und 3 x 1000 Meter Staffel, im Hoch-, Weit- und Stabhochsprung, im Kugelstoßen, Diskus und Speerwerfen. Meldeschluß ist am 25. Juni 1925. Die ausführliche Beschreibung ist von der Geschäftsstelle des Bad. Landesverbandes für Leichtathletik, Karlsruhe, Kurvenstraße 6, kostenlos zu beziehen.

Die Leichtathletik-Frauenmeisterschaften und die Badmintonmeisterschaft kommen gefordert von den Herrenmeisterschaften am Sonntag, den 26. Juli 1925 in Karlsruhe zum Austrag.

\* Mannheim, 24. Juni. Im Auftrage des Oberbürgermeisters soll über die im Weltkriege gefallenen Mannheimer ein besonderes Buch aufgestellt werden, welches die Namen aller Gefallenen enthält.

Mannheim, 30. Juni. Der Stadtrat hat die Erstellung der Friedrich-Ebert-Brücke vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschuß grundsätzlich genehmigt und bestimmt, daß der mit dem 1. Kreis ausgezeichnete Entwurf „Flachbrücke“ der Ausführung zugrunde gelegt wird. Die Vorarbeiten zur Ausführung sollen so schnell als nur möglich durchgeführt werden.

St. Seidelberg, 29. Juni. Aus Anlaß der Tagung des Deutschen Fischereiverbands wurde dem 1. Vorsitzenden des Fischereiverbands Seidelberg, Jakob Akerle, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Hebung der badischen und deutschen Fischerei die bronzene Medaille verliehen.

St. Forstheim, 29. Juni. Der 23. Verbandstag der bad. Arb.-Bildungsvereine fand gestern hier statt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich die Zahl der Verbände von 41 auf 47 erhöht und die Zahl der Mitglieder ist von 7800 auf 9300 gestiegen. Das neue Verbandsjahr konnte mit einem Kasseebestand von 463,75 M. beginnen. Der Verbandsbeitrag wurde auf 20 Pf. je Mitglied festgesetzt. Der Verbandstag soll in Zukunft alljährlich statt wie bisher alle drei Jahre abgehalten werden. Der nächste Verbandstag wird in Salsingen stattfinden.

St. Friedrichsfeld, 30. Juni. Am Sonntag abend kam es hier bei der Abfahrt eines Zuges nach Mannheim zu einem Zusammenstoß auf dem Bahnhof zwischen Reichsbahnern aus Laudenbach und Teilnehmern an einer Kriegereventsfeier in Ladenburg. Als ein Bahnermann ein Abteil wegen Überfüllung verlassen wollte, erhielt er von hinten einen Schlag auf den Kopf. Der Stationsleiter trennte schließlich die gegnerischen Gruppen und ließ den Zug weiterfahren.

St. Meersburg, 29. Juni. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr zeigt der Fremdenverkehr in diesem Jahre eine starke Unregelmäßigkeit. Wenn auch die Hauptferienzeit erst beginnt, so dürfte wohl die größte Ursache dieser Unregelmäßigkeit der Besucherzahl in der vorhandenen Geldknappheit zu suchen sein.

## Bücheranzeigen

Reichs-Bäder-Adreßbuch nach amtlichen Quellen bearbeitet. Ein Handbuch der deutschen Heilbäder, Seebäder, Luftkurorte und Sommerfrischen mit Anhang: Deutsche Städte. Verlag des Reichs-Bäder-Adreßbuches, nach amtlichen Quellen bearbeitet, Berlin SW 19, Leipzigerstr. 76. — Mit diesem Werke gelangt zum ersten Male ein Nachschlagebuch zur Ausgabe, das wirklich einem dringenden Bedürfnis entspricht und eine fühlbare Hilfe ausfüllen dürfte, da ein derartiges umfassendes Buch über die deutschen Kurorte bisher noch nicht existierte und ähnlich gehaltenen frühere Unternehmungen teils seit Jahren nicht neu erschienen und daher veraltet sind, teils nur einzelne Gebiete, nicht aber das ganze Reich behandeln.

Deutsche Pflanzschriften und Einreisebestimmungen des Auslandes. Die Handelskammer Stuttgart hat unter Mitarbeit des Leiters einer württ. Pflanzstelle eine Zusammenstellung der geltenden Pflanzschriften, soweit sie den Reiseverkehr betreffen, und der Einreisebestimmungen des Auslandes nach dem Stand vom Mai 1925 herausgegeben. U. a. sind die Einreisebestimmungen von 66 Auslandsstaaten für Geschäfts-, Besuchs- und Erholungsreisen und für Auswanderungen wiedergegeben. Preis brosch. M. 2.—; zu beziehen durch die Auskunftsabteilung der Handelskammer Stuttgart und die Hoffmann'sche Buchdruckerei Felix Kreis, Stuttgart.

**KARL LANG**

Kaiserstr. 167 I.  
Telephon 1073  
(Salamander-Schuhhaus)

**Günstige Bedingungen**

ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums

